

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Langguth, Franke, Frau Dr. Wex, Frau Verhülsdonk, Broll, Dr. George, Spranger, Dr. Laufs, Frau Schleicher, Burger, Dr. Miltner, Dr. Stark (Nürtingen), Gerster (Mainz), Neuhaus, Berger (Herne), Regenspurger, Krey, Volmer, Biechele, Dr. Hoffacker, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Meyer zu Bentrup, Höpfinger, Niegel und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Grundprobleme der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich vom 1. Januar 1955 bis zum 31. Dezember 1978 in der Bundesrepublik Deutschland (aufgeschlüsselt nach Jahren) die Zahl
 - a) der Deutschen insgesamt,
 - b) der Ausländer,
 - c) der Geburten von Deutschen,
 - d) der Geburten von Ausländern,
 - e) der Menschen über 65 Jahre,
 - f) der Eheschließungenentwickelt?
2. Wie hat sich in dem gleichen Zeitraum die Zahl der Kinder pro Ehepaar in der Bundesrepublik Deutschland
 - a) bei Ehen von Deutschen,
 - b) bei Ehen von Ausländernentwickelt?
3. Wie schätzt die Bundesregierung die weitere Entwicklung ein – u. a. auch unter Berücksichtigung der bereits für einen Teil des Jahres 1979 vorliegenden Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung, den Rückgang von Eheschließungen und den Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche?
4. Wie hat sich die Zahl der Bevölkerung, der Eheschließungen, der Geburten und der Einwohner über 65 Jahre seit dem 1. Januar 1955 im internationalen Vergleich entwickelt?

5. Teilt die Bundesregierung die in dem – mit den Bundesressorts abgestimmten – Bericht des Bundesministers des Innern an das Bundeskabinett vom Oktober 1978 vertretene Auffassung, daß – ausgehend von der sogenannten 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung – davon ausgegangen wird, daß

- a) die deutsche Bevölkerung ausgehend von 57,9 Mio am 1. Januar 1975 auf 52,2 Mio im Jahre 2000 und auf rd. 39 Mio im Jahre 2030 zurückgehen wird (Dritte Modellrechnung);
- b) die Zahl der älteren Menschen im Vergleich zu der der jüngeren sich ab dem Jahre 2000 zunehmend zuungunsten der Zahl der jüngeren Menschen verschieben wird, so daß beispielsweise im Jahre 2030 nur noch 13 v. H. unter 15jährige (heute 22 v. H.) etwa 23 v. H. über 65jährigen (heute 15 v. H.) gegenüberstehen werden?

Falls die Bundesregierung diese Ausgangszahlen nicht teilt, von welcher Schätzung der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2030 geht sie aus?

6. Wie schätzt die Bundesregierung für die künftige Entwicklung die Abweichungen der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung seit 1975 gegenüber den Prognosen in der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung ein, nachdem einerseits die Geburtenzahlen erheblich hinter den Prognosen zurückgeblieben sind, andererseits jedoch die Sterbezahlen kontinuierlich unter den Prognosezahlen lagen?

Hält die Bundesregierung das Zahlenwerk der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung noch für ausreichend realitätsnah? Falls nicht, für welchen Zeitpunkt hält die Bundesregierung die 6. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung für wünschenswert?

7. Welche Faktoren (kurz- und langfristige, demographische und generative) waren für die Bevölkerungsentwicklung, insbesondere für den Geburtenrückgang der deutschen Bevölkerung Anfang der 70er Jahre, maßgeblich?

Wie weit gehen insbesondere die Veränderungen der Geburtenzahlen auf den Altersaufbau der Bevölkerung einerseits und Änderungen des generativen Verhaltens andererseits zurück?

8. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für diese bevölkerungspolitische Entwicklung? Ist die Bundesregierung der Meinung, daß Defizite in der Familienpolitik und familienferne Gesellschafts- und Bildungspolitik Ursachen für diese Entwicklungen sind?

9. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der starke Rückgang der Geburten als Indiz dafür zu werten ist, daß aufgrund der gesellschaftspolitischen Entwicklung der vorhandene Wunsch nach Kindern zurücktritt zugunsten anderer, auch materiell bedingter Wertvorstellungen?

10. Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, ob ein Zusammenhang zwischen Kinderzahl und Einkommen besteht?
11. Hält die Bundesregierung es für notwendig, endlich den Familienlastenausgleich so auszugestalten, daß Eltern von Kleinkindern nicht beide gezwungen sind, aus wirtschaftlichen Gründen außerhäuslich erwerbstätig zu sein?
12. Welche Maßnahmen sind in den letzten zehn Jahren
 - a) von der Bundesregierung,
 - b) von den Bundesländern (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Bundesländern),getroffen worden, um dem veränderten Verhalten der Bevölkerung im Hinblick
 - auf die Familie,
 - die Kinderfreundlichkeit und
 - die Geburtenentwicklungentgegenzuwirken?
13. Welche entsprechenden Maßnahmen – und mit welchem Erfolg – sind
 - a) in der DDR,
 - b) in den Staaten der EG, in Österreich, Kanada, in den USA, der Sowjetunion sowie in den vergleichbaren Ländern des Auslandsgetroffen worden?
14. Teilt die Bundesregierung die in dem Bericht des Bundesministers des Innern an das Bundeskabinett vertretene Auffassung, in dem festgestellt wird, daß Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung nachhaltig nur mit langfristig zu planenden und durchzuführenden Maßnahmen begegnet werden kann?
15. Welche „Strategien“ und langfristigen Konzeptionen hat die Bundesregierung zur Bevölkerungsentwicklung entwickelt, und welche Maßnahmen sind im einzelnen vorgesehen?
16. Stimmt die Bundesregierung der im Bericht des Bundesministers des Innern vertretenen Auffassung zu, daß der Staat „systematisch die Lebensbedingungen für Familien und Kinder“ verbessern muß, indem die „soziale Situation der Familie in der Gesellschaft zu verbessern und die Verantwortung zwischen den Generationen zu verstärken“ ist
 - durch „Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien mit mehreren Kindern“,
 - indem auf eine „positivere Haltung der Gesellschaft diesen gegenüber“ hingewirkt wird und beispielsweise die Voraussetzungen für den Bau und die Finanzierung kindergerechter Wohnungen verbessert werden und „Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Erziehung,

der Erziehung der Kinder in den Familien und außerfamilialen Einrichtungen sowie der Zukunftschancen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen" getroffen werden,

- das „familiengerechtere Arbeitsbedingungen“ ermöglicht werden?

17. Welche Auswirkungen haben nach Auffassung der Bundesregierung der Bevölkerungsrückgang und die Umschichtung der Altersstruktur in den zeitlichen Phasen bis zum Jahre 2030 für Staat und Gesellschaft im einzelnen, insbesondere auf

- a) die Familie,
- b) die Altersversorgung und den gesamten sozialen Bereich,
- c) die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungs- und Berufsstruktur,
- d) die Infrastruktur, Stadtentwicklung und Raumordnung?

Welche Annahmen – gegebenenfalls alternative Entwicklungsmöglichkeiten – unterstellt die Bundesregierung dabei hinsichtlich der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer und der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit?

18. Welche Gründe veranlaßten die Bundesregierung, den Bericht des Bundesministers des Innern bisher im Kabinett nicht zu verabschieden, und hält die Bundesregierung immer noch an ihrer in den Antworten auf die Kleinen Anfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 24. Juni 1977 (Drucksache 8/680) und vom 10. Juli 1978 (Drucksache 8/1982) vertretenen Auffassung fest, daß die sich abzeichnenden Entwicklungen der deutschen Bevölkerung keinen Anlaß zu großen Besorgnissen gebe?

Bonn, den 18. Juli 1979

Dr. Langguth

Franke

Frau Dr. Wex

Frau Verhülsdonk

Broll

Dr. George

Spranger

Dr. Laufs

Frau Schleicher

Burger

Dr. Miltner

Dr. Stark (Nürtingen)

Gerster (Mainz)

Neuhaus

Berger (Herne)

Regenspurger

Krey
Volmer
Biechele
Dr. Hoffacker
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Meyer zu Bentrup
Höpfinger
Niegel
Frau Geier
Frau Hürland
Köster
Kroll-Schlüter
Werner
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist seit Ende der sechziger Jahre stark rückläufig. Gleichzeitig ist ein Rückgang der Eheschließungen, ein Anstieg der Scheidungen und ein starker Rückgang der Zahl kinderreicher Familien zu beobachten. Dieses veränderte Verhalten der Bevölkerung wird spätestens ab der Jahrtausendwende zu einem dramatischen Rückgang der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland führen. Hieraus wiederum werden sich langfristig schwerwiegende Folgen für die Bundesrepublik Deutschland in der Zukunft ergeben.

Deshalb ist es notwendig, sich ein möglichst objektives Bild über das tatsächliche Ausmaß dieser Entwicklung zu verschaffen und die Frage nach ihren Ursachen zu stellen. Gleichzeitig können auf dieser Basis dann notwendig werdende Folgerungen und Maßnahmen entwickelt werden, wie gegebenenfalls durch politische Initiativen dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann.

Das zu beobachtende veränderte generative Verhalten ist auch eine Folge daraus, daß sich offensichtlich die gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Familie, die Hausfrau und Mutter und die Kinder trotz nie dagewesenen wirtschaftlichen Wohlstandes eher verschlechtert haben. Eine verantwortliche und vorausschauende Politik gebietet es daher, diese ständig wachsenden Probleme nicht vor sich herzuschieben und damit den nachwachsenden Generationen die Lösung zu überlassen, sondern heute politische Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die Bundesregierung hat bisher eindeutige Stellungnahmen zu den Grundproblemen der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vermieden. Ein erneutes Beispiel hierfür liefert die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 17. Mai 1979, in der es unter anderem heißt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig gemeinsam mit der DDR und anderen mitteleuropäischen Staaten eines der Länder mit der niedrigsten Geburtenrate. Ich vermag darin keine Tragödie zu

sehen. Wir sind geographisch gesehen ein kleines Land. Wir sind eines der dichtbesiedelsten Länder – fast dreimal so dicht wie Frankreich. Sind überfüllte Naherholungsgebiete, sind verstopfte Straßen, sind große Klassen wirklich erstrebenswert? Es liegt darin auch die Chance, mehr Sorgfalt auf die Erziehung und Ausbildung unserer Kinder zu legen, wenn sie der Zahl nach etwas geringer werden. Viele fragen nach der Stabilität des Generationenvertrages. Wie soll die abnehmende Zahl von Jungen und Arbeitsfähigen die vielen Alten unterhalten? – Soweit sich die demographische Entwicklung sehr grob abschätzen läßt, das heißt: allerhöchstens bis Ende dieses Jahrhunderts – was darüber hinausgeht, sind gewagteste Spekulationen – liegt kein Grund für eine Dramatisierung vor. Bis zum Anfang des nächsten Jahrhunderts wird die sogenannte Alterslast sogar niedriger sein als in der Mitte dieses Jahrzehnts.“ Diese Aussagen machen deutlich, daß auch der Bundeskanzler die eigentlichen Probleme, die durch ein verändertes generatives Verhalten entstanden sind und entstehen, nicht in voller Deutlichkeit erkannt hat.

Mit dieser Großen Anfrage und der durch sie ausgelösten Debatte will die CDU/CSU-Fraktion erneut auf die problematische demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam machen. Insbesondere soll damit die Bundesregierung veranlaßt werden darzulegen, welche „Strategien“, Konzeptionen und Maßnahmen sie zur Lösung dieses Problems beabsichtigt.

